

8.4 Zukunft der Pflegevorsorge

DIE FRAGE DER PFLEGEFINANZIERUNG wird derzeit auf allen Ebenen diskutiert. Sowohl die Ausgaben für das Pflegegeld als auch die Ausgaben für die Sachleistungen werden steigen. Prognostiziert wird vor allem ein starker Anstieg der Sachleistungskosten, die wiederum die Länder und Gemeinden stärker belasten werden. Gesucht wird daher nach neuen Finanzierungsformen für die Pflege und Betreuung. Eine endgültige Entscheidung, wie die Pflege und Betreuung in Österreich zukünftig finanziert werden soll, steht aber noch aus. Zur Diskussion stehen steuerfinanzierte Modelle oder eine Versicherungsleistung.

Die demografische Entwicklung sowie die explodierenden Kosten in der Pflege prägen bereits seit einigen Jahren die politische Diskussion. Sie haben auch Einzug in die Regierungsprogramme der letzten Bundesregierungen gefunden. Bereits in der letzten Legislaturperiode (2007 bis 2010) wurden Verbesserungen im Bereich des Pflegegeldes erzielt sowie die Förderung der *24-Stunden-Betreuung* eingeführt.

Zugleich wurden mehrere Arbeitsgruppen durch das *Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz* eingesetzt, die sich mit der *Zukunft der Pflegevorsorge* in Österreich beschäftigt haben. Bund und Länder erarbeiteten im Jahr 2008 zur verbesserten Vergleichbarkeit der Angebote einen umfassenden Sachleistungskatalog, nach dessen Systematik auch die Sachleistungen im *Österreichischen Pflegevorsorgebericht 2008* dargestellt wurden¹⁰². Das *WIFO* erstellte eine Studie über die Kosten und die Finanzierung der Pflege in Österreich sowie einen europäischen Vergleich der Pflegesysteme¹⁰³. Sowohl die *WIFO Studie* als auch andere Studien (z.B. der *Wirtschaftsuniversität Wien*)¹⁰⁴ gehen davon aus, dass die benötigten Mittel für die Pflege stark steigen und zusätzliche Finanzierungen notwendig sein werden. Ob die Finanzierung über eine Pflegeversicherung oder über allgemeine oder zweckgebundene Steuermittel erfolgen soll, ist noch offen.

Im Regierungsprogramm der derzeitigen Bundesregierung (XXIV. Regierungsperiode) wurde die Einrichtung eines Pflegefonds zur Unterstützung der Länder zum bedarfsorientierten Ausbau der Sachleistungen im Pflege- und Betreuungsbereich vereinbart. Zur konkreten Einschätzung des künftigen Bedarfes wurden 2010 die Kernleistungen der Länder definiert und die Bedarfszahlen der Länder durch das *Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG)* erhoben. Bis Jahresende ist die Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags durch das *BMASK* und die Abstimmung mit den Ländern und Gemeinden auf Basis der erhobenen Zahlen angekündigt.

Die Kosten der Pflege werden in den nächsten Jahren weiter steigen. Es werden neue Instrumente der Finanzierung benötigt. In einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Ländern und dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, werden die Grundlagen dafür erarbeitet.

Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge

Das *WIFO* geht in der Studie *Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge* von einer Kostensteigerung bei den Sachleistungen bis in das Jahr 2030 von rund 300% aus (Basis 2006; Mittelszenario). Im Vergleich dazu werden lt. *WIFO* die Geldleistungen (Pflegegeld) nur um 58% steigen. Davon betroffen sind vorwiegend die Länder und Gemeinden, da die Sachleistungen in ihren Kompetenzbereich fallen. Verursacht wird dieser Kostenanstieg durch die demografische Entwicklung, die Gesundheitsentwicklung, die steigende Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen (Rückgang der informellen Pflege) sowie durch die realen Kostensteigerungen im Pflegesektor (Personalkosten etc.).

¹⁰² <http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0099> (29.08.2010).

¹⁰³ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (2008): *Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge*, Wien.

¹⁰⁴ Schneider, Ulrike/Buchinger, Clemens (2010): *Projections of Future Long-Term Care Expenditure in Austria (2008-2030) with special Consideration of Assistive Technologies*, Wien.

